

1
2 **Antragsteller: Bennet Hinz**

3
4
5 Einführung von verpflichtenden Lobbyregistern auf Landes- sowie auf Bundesebene

6
7
8 Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung, Bundestag,
9 Bundesrat

10
11
12 **Antrag:**

13 „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

14 Der Landtag und die Landesregierung werden dazu aufgefordert, auf Landesebene
15 ein verpflichtendes Lobbyregister einzurichten, in dem die Aktivitäten sowie die
16 Kontakte von Interessensgruppierungen und -vertretungen zu Mitgliedern des
17 Schleswig-Holsteinischen Landtages, einschließlich der Landesregierung registriert
18 werden und welches öffentlich einsehbar ist. Gleichzeitig wird die Landesregierung
19 dazu aufgefordert, sich über den Bundesrat für ein öffentlich einsehbares,
20 verpflichtendes Lobbyregister auf Bundesebene einzusetzen, welche die „Öffentliche
21 Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern“ des
22 Bundestagspräsidenten ersetzen würde.

23
24 **Begründung:**

25 In Zeiten allgemeiner politischer Unsicherheiten, muss das Vertrauen der
26 Bevölkerung in die Politiker*innen sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene
27 weiter gestärkt werden, indem demokratische Werte wie Transparenz intensiver
28 thematisiert werden. Um mehr Transparenz zu schaffen, sind öffentlich einsehbare
29 und vor allem verpflichtende Lobbyregister unbedingt notwendig, da so die
30 Möglichkeit geschaffen wird, uneingeschränkt jegliche Kontakte der Lobbyismus
31 betreibenden Akteure zu Parlamentarier*innen nachvollziehen zu können. Damit
32 könnte die Öffentlichkeit feststellen, welche Lobbygruppierungen sich im politischen
33 Bereich für bestimmte Interessen einsetzen und der politische Apparat kann besser
34 nachvollzogen werden.

35 Debatten um Politiker wie Gerhard Schröder oder Roland Koch und die Frage nach
36 Korruption und ähnlichen Verbrechen in Deutschland demonstrieren, dass in Bezug
37 auf intensiven Lobbyismus sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene eine
38 Lösung gefunden werden muss.

39 Mit einem Lobbyregister könnten zu starke Annäherungen zwischen Politiker*innen
40 vor, während oder nach ihren Amtszeiten, und Unternehmen und
41 Wirtschaftsverbände aufgedeckt werden, wodurch Unklarheiten in Bezug auf
42 mögliche zukünftige Fälle von Korruption und Korruptionsvorwürfe ausgeräumt
43 würden. Die Öffentlichkeit könnte sich also ein genaueres Bild von
44 „ihren“ Parlamentarier*innen machen.

45 Insgesamt sollen Transparenz und Klarheit geschaffen und gefördert werden. Die
46 effiziente Arbeit auf Landes- und Bundesebene soll dabei möglichst nicht
47 beeinträchtigt werden.